

40.

Zur Frage der Entschädigung für unschuldig erlittene militärische Untersuchungshaft.

Von Kriegsgerichtsrat Dr. jur. Hermann Autenrieth, Ulm a. D.

Durch die Anerkennung eines prozessualen Sonderrechts für die Militärpersonen ist ein erheblicher Teil der deutschen Staatsangehörigen aus dem Herrschaftsgebiete der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit ausgeschieden. Wird neues Recht geschaffen, welches irgendwie zu einem Strafverfahren in Beziehung tritt, so hat der Gesetzgeber nur dann seine Aufgabe erfüllt, wenn das neue Recht so gestaltet ist, daß seine Bestimmungen im bürgerlichen wie im militärischen Verfahren dieselbe gleichmäßige Wirkung auslösen, eine unterschiedslose Behandlung aller strafrechtlich Verfolgten somit gewährleisten. Der Umstand, daß mit der Militärstrafgerichtsordnung vom 1. 12. 1898 einheitliches Prozeßrecht für das ganze Deutsche Reich gegeben wurde, und die Tatsache, daß im wesentlichen das militärische Verfahren an die Vorschriften der Reichsstrafprozeßordnung vom 1. 2. 1877 sich anlehnt, haben dem Gesetzgeber die Lösung der Aufgabe in hervorragendem Maße erleichtert. Es fällt daher auf, daß mit dem Gesetze betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft vom 14. 7. 1904 eine Rechtslage gebildet worden ist, welche als eine empfindliche Benachteiligung des militärischen Untersuchungsgefangenen bezeichnet werden muß; die Ursache hierfür wird wohl darin zu erkennen sein, daß die Eigenart des militärischen Strafverfahrens nicht in genügender Umfassung gewürdigt wurde.

Der § 1 des Entschädigungsgesetzes verordnet, daß Personen, welche im Strafverfahren freigesprochen oder durch Beschluß des Gerichts außer Verfolgung gesetzt sind, für erlittene Untersuchungshaft dann eine Entschädigung aus der Staatskasse verlangen können, wenn das Verfahren ihre Unschuld dargetan oder ergeben hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt. Unter diesen Voraussetzungen soll ferner der Anspruch außer dem Verhafteten auch von denjenigen erhoben werden dürfen, denen

gegenüber der Untersuchungsgefangene kraft Gesetzes unterhaltspflichtig war. Der § 10 Satz 1. des Gesetzes aber lautet:

„Dieses Gesetz findet auf die im militärgerichtlichen Verfahren freigesprochenen Personen entsprechende Anwendung.“

Sofort bemerken wir eine unterschiedliche Behandlung zuungunsten des militärischen Verhafteten: im bürgerlichen Verfahren reicht es aus, wenn Unschuld oder Mangel eines begründeten Verdachts ohne vorangegangene Hauptverhandlung durch Einstellungsbeschluß des Gerichtes festgestellt wird, während im militärgerichtlichen Verfahren nur der Freispruch des erkennenden Richters geeignet ist, die Grundlage für eine Entschädigungsforderung zu schaffen. Zweierlei Erwägungen haben für diese Ungleichheit ihren Einfluß geltend gemacht. In erster Linie ist ein Kommissionsantrag, auch den durch Verfügung der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzten Personen zutreffenden Falles den gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung zu gewähren, mit Erfolg von Seiten der Regierung als nicht annehmbar bezeichnet worden. Sodann aber hat sich der Gesetzgeber nicht dazu entschlossen, den Einstellungsverfügungen des militärischen Gerichtsherrn eine weitergehende Bedeutung als denjenigen des Staatsanwaltes zuzubilligen und dieselben den Gerichtsbeschlüssen im Sinne des § 1 an die Seite zu setzen. Hierüber einige Worte.

Vorauszuschicken ist, daß die Militärgerichtsbarkeit durch die Gerichtsherrn und durch die erkennenden Gerichte ausgeübt wird, daß die Militärstrafgerichtsordnung ein „Zwischenverfahren“ nicht übernehmen konnte, daß vielmehr auf Grund des vom Untersuchungsführer unter Aufsicht des Gerichtsherrn durchgeführten Ermittlungsverfahrens der Gerichtsherr beschließt, ob das Verfahren einzustellen oder ob ein strafrechtliches Einschreiten geboten ist. Im letzteren Falle bewirkt die Anklageverfügung des Gerichtsherrn mit ihrer Bekanntgabe an den Beschuldigten die Rechtshängigkeit und den grundsätzlichen Zwang zur Aburteilung des Falles durch das erkennende Gericht; einen Eröffnungsbeschluß gibt es nicht; die Einstellung des Verfahrens wegen Unschuld des Verfolgten oder wenigstens wegen Mangels an hinreichendem Verdachte kann niemals durch ein Gericht, sondern muß nach der Einrichtung des militärischen Strafverfahrens stets durch den Gerichtsherrn erfolgen.

Der Grund, weshalb die Regierung mit aller Entschiedenheit es abgelehnt hatte, die staatsanwaltlichen Einstellungsverfügungen in

das Gesetz einzubeziehen, bestand hauptsächlich darin, daß eine endgültige Erledigung der Strafsache nach Lage der Gesetzgebung durch den Staatsanwalt nicht sicher gestellt erschien, die Möglichkeit einer erneuten Verfolgung und späteren Verurteilung des außer Verfolgung Gesetzten indessen unter keinen Umständen mit der Einwilligung des Entschädigungsanspruches vereinbar erachtet wurde. Diesen Mangel einer Rechtskraft des staatsanwaltlichen Beschlusses teilt die Einstellungsverfügung des Gerichtsherrn, insofern ein vor der Hauptverhandlung für beendet erklärtes Verfahren in jedem Augenblicke von dem Gerichtsherrn grundsätzlich wieder aufgenommen werden kann, wenn Anlaß zu erneutem Einschreiten irgendwie gegeben ist. Man vermag daher die Auffassung des Gesetzgebers gegenüber den gerichtsherrlichen Einstellungsverfügungen, wie solche in § 10 zu mittelbarem Ausdrucke gelangte, in gewissem Maße zu verstehen. Und doch hätte vielleicht eine genauere Betrachtung des militärischen Ermittlungsverfahrens zu einem dem Beschuldigten günstigeren Ergebnis geführt. Keineswegs nämlich darf dieser erste Abschnitt des erstinstanzlichen Militärstrafverfahrens auf die Stufe der staatsanwaltlichen Vorbereitung herabgedrückt werden; der mit der Durchführung des militärischen Ermittlungsverfahrens beauftragte Untersuchungsführer hat die Stellung des bürgerlichen Untersuchungsrichters in bezug auf die Wahrheitsforschung und Beweis-sicherung; Zeugen und Sachverständige müssen vor ihm erscheinen und ihr Wissen zu Protokoll geben; das Recht der Beeidigung unter den gesetzlichen Voraussetzungen steht auch dem Untersuchungsführer zu; sein Augenschein hat richterlichen Wert u. dgl. Dazu kommt, daß zwingende Vorschriften — z. B. den Beschuldigten unter allen Umständen gerichtlich zu vernehmen und ihn nach Abschluß des Verfahrens über das Ergebnis der Ermittlungen zu hören — der durch die Anklage- bzw. Einstellungsverfügung zu treffenden Entscheidung des Gerichtsherrn über das Vorhandensein hinreichenden Verdachtes eine ebenso zuverlässige Grundlage verschaffen, wie den entsprechenden gerichtlichen Beschlüssen nach Maßgabe der Reichsstrafprozeßordnung. De facto, wenn auch nicht de jure kommt der gerichtsherrlichen Einstellungsverfügung dieselbe eine Wiederaufnahme hindernde Kraft zu, wie dem Beschlusse eines bürgerlichen Gerichts, durch welchen in nicht mehr anfechtbarer Weise die Eröffnung einer Voruntersuchung oder eines Hauptverfahrens abgelehnt worden ist.

Eine besondere Gefahrquelle birgt aber der im übrigen als Fortschritt begrüßte § 272 MStGD., welcher in Abweichung von den Bestimmungen des bürgerlichen Verfahrens über die Rechtshängigkeit dem Gerichtsherrn das Recht einräumt, auf Grund neu hervorgetretener Umstände die Anklageverfügung vor der Hauptverhandlung zugunsten des Angeklagten abzuändern oder zurückzunehmen. Bei unserer Betrachtung wird nur die Zurücknahme von Bedeutung. Wenn nämlich nach Erhebung der Anklage, aber vor der Hauptverhandlung durch neue Tatsachen die Unschuld des Angeklagten erwiesen oder wenigstens der Wegfall eines begründeten Verdachtes (§ 1 des Entschädigungsgesetzes) erreicht ist, so liegt es in der Hand des Gerichtsherrn, die Anklage zurückzuziehen und durch die Einstellung des Verfahrens dem Angeklagten jegliche Möglichkeit zu nehmen, einen Freispruch als unumgängliche Voraussetzung für die Erhebung eines Entschädigungsanspruches zu erhalten. Eine Pflicht, die Anklage fallen zu lassen, besteht für den Gerichtsherrn freilich nicht; er hat nur die gesetzliche Erlaubnis hierzu bekommen. Nach welcher Richtung ferner er sich entscheidet, bestimmen natürlich nicht Laune oder sonst ein unsachlicher Grund, sondern pflichtgemäßes Ermessen; solches aber kann bei dem Gerichtsherrn, als einem Organe der öffentlichen Rechtspflege, nur auf öffentliche, nicht auf private Interessen sich gründen. Es fragt sich, ob für den Gerichtsherrn in diesem Zusammenhange eine bestimmte Richtlinie gewonnen werden kann. Wir möchten die Frage im allgemeinen bejahen. Ohne Zweifel handelt es sich bei dem Entschädigungsanspruch zunächst um ein privates Interesse, welches an sich nicht geeignet erscheint, eine amtliche Handlung zu beeinflussen. Wohl aber hat der Gesetzgeber durch die Schaffung des Gesetzes vom 14. 7. 1904 unmittelbar zum Ausdruck gebracht, daß die Entschädigung auf Grund unschuldig erlittener Untersuchungshaft als einer tief einschneidenden öffentlich-rechtlichen Maßnahme, trotz der privaten Natur des einzelnen Anspruchs, in starkem Maße den öffentlichen Interessen dient. Der Gerichtsherr nun darf diese Seite des Gesetzes nicht aus den Augen verlieren: wenn er durch Zurücknahme der Anklage dem unschuldig Verfolgten die Erlangung seines Anspruchs unmöglich macht, so hat er gleichzeitig die Anwendbarkeit eines Reichsgesetzes gegen den Willen des Gesetzgebers beschränkt, welcher ganz offenbar an die Möglichkeit nicht gedacht hat, daß trotz Rechtshängigkeit der Sache und Unschuld des Angeklagten dieser auch ohne Freispruch aus dem Verfahren

entlassen werden kann. Denn irgend ein vernünftiger Grund zum Ausschlusse eines Unschuldigen nur deshalb, weil der Gerichtsherr der sicheren Freisprechung die Zurücknahme der Anklage vorzieht, ist nirgends auffindbar. Für den Gerichtsherrn ergibt sich daher allgemein die ungeschriebene Verpflichtung, auf die Zurücknahme zu verzichten, sobald die Freisprechung eines Verhafteten in durchaus bestimmte Aussicht zu nehmen ist. Besondere Erwägungen im einzelnen Falle indessen werden eine Beschränkung dieses Satzes gebieten. Vor allen Dingen wird der Gerichtsherr zu prüfen haben, ob überhaupt dem Verhafteten bzw. dessen Unterhaltsberechtigten ein Vermögensschaden entstanden ist, und sodann, ob nicht irgend einer der im Entschädigungsgesetz aufgezählten Ausschließungsgründe die Geltendmachung eines Anspruchs bei wirklich vorhandenem Schaden hindert. Nicht aber läge es im Sinne des Gesetzes vom 14. 7. 1904, wenn der Gerichtsherr lediglich deshalb z. B. einen vollgültigen Ersatzanspruch im Entstehen verhindern wollte, weil die Hauptverhandlung mit erheblichen Kosten verknüpft sein müßte.

Gegenüber den offenbaren Nachteilen, welche die Fassung des Entschädigungsgesetzes für den in militärischer Untersuchungshaft Befindlichen gezeitigt hat, darf keineswegs der Einwand erhoben werden, daß die militärischen Verhältnisse in nur geringem Maße überhaupt sich eignen, durch erlittene Untersuchungshaft einem Beschuldigten Vermögensschaden zuzufügen. Diese Unterstellung mag höchstens gelten, soweit Verhaftete in Betracht kommen, welche zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Dienstpflicht der bewaffneten Macht angehören. Neben denselben aber ist an die zahlreichen Personen des Beurlaubtenstandes zu denken, welche sich militärisch straffällig zeigen, und bei welchen eine Untersuchungshaft auf Familien- und Erwerbsleben von schwerwiegendem Einfluß sein kann. Es muß endlich auch an alle Berufsmilitärpersonen gedacht werden, welche vertragsmäßig als Offiziere, Unteroffiziere und Beamte ihre Dienste dem Heer oder der Marine widmen. Der Kreis der möglicherweise Benachteiligten ist nicht klein. De lege ferenda bleibt daher anzustreben, daß dem militärgerichtlichen Freispruche in allen Fällen, mindestens jedoch in denjenigen die Einstellungsverfügung des Gerichtsherrn gleichgestellt wird, in welchen durch Erhebung der Anklage die Rechtshängigkeit der Strafsache bewirkt wurde.